

Aktuelle Analyse der Sicherheits- und Militärpolitik der USA

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 11

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905664>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aktuelle Analyse der Sicherheits- und Militärpolitik der USA

Die sicherheitspolitische Rivalität der USA mit China und Russland ist zum dominierenden Narrativ der aktuellen US-amerikanischen Sicherheits- und Militärpolitik geworden. Dieser Beitrag untersucht einleitend das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen den USA und China, das aktuell von der US-Strategie des Schutzes Taiwans einerseits und einer aggressiven Militärpolitik Chinas andererseits geprägt ist. Danach wird das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen den USA und Russland analysiert. Abschliessend wird der US-Truppenabzug aus Deutschland und dem Irak thematisiert.

Stefan Goertz

Ein Beispiel für den sicherheitspolitischen Schlingerkurs in der Sicherheits- und Militärpolitik ist die US-Politik im Syrien-Krieg. Ende 2018 hatte der US-Präsident den Abzug der US-Truppen aus Syrien zunächst angekündigt, dann relativiert, nach dem türkischen Einmarsch in Nordsyrien schliesslich doch vollzogen und später einen teilweisen Rückzug vom Abzug verkündet. Dieser Zick-Zack-Kurs der US-Regierung wird in Washington parteiübergreifend kritisiert. Zugleich findet die Strategie eines militärischen Rückzugs aus weltweiten Konfliktregionen grosse Zustimmung in der US-amerikanischen Wählerschaft.

Das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen den USA und China

Nach der gegenseitigen Schliessung von Konsulaten in den USA und China im Juli 2020 sind die chinesisch-amerikanischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt. Der Ausgangspunkt des Konflikts zwischen den USA und China war der von der US-Regierung initiierte Wirtschafts- und Handelskrieg, der unter anderem zu Sonderzöllen auf Waren im dreistelligen Milliardenbereich geführt hat. Daneben streiten die beiden Regierungen sich über den Ursprung des Coronavirus, über den Technologiekonzern Huawei, über die politische Lage in Hongkong und die Unterdrückung der Menschenrechte, unter anderem im chinesischen Landesteil Xinjiang. Daneben bewertet die US-Regierung die Machtpolitik Chinas im Asien-Pazifikraum rund um Taiwan als aggressiv. Auf Manöver der



Taiwan im Zentrum der chinesischen und US-amerikanischen Sicherheits- und Militärpolitik. Bilder: Wikimedia Commons



US-Manöver im Zusammenhang mit Taiwan und einer aggressiven Aussenpolitik Chinas.

US-Marine rund um die Inselrepublik Taiwan reagierte das chinesische Militär mit grossen Manövern. Beide Weltmächte testen im Pazifik seit einigen Monaten immer wieder ihre neuesten Waffensysteme, zu Wasser und in der Luft.¹ Mit «Freedom of Navigation»-Fahrten, bei denen die USA ihre Kriegsschiffe durch die von China beanspruchten Gewässer schi-

cken, demonstriert die US-Regierung, dass sie die chinesischen Ansprüche zurückweist. Zuletzt lehnte US-Aussenminister Mike Pompeo die sogenannte «Nine-dash-Linie» im Südchinesischen Meer ab, die offiziell von China als Landesgrenze angesehen wird, und bezeichnete Chinas Ansprüche als «illegal». Das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen den USA und China ist so schlecht wie noch nie seit der Aufnahme offizieller Beziehungen vor 41 Jahren.

In einer Rede Ende Juli 2020 warf Pompeo China «Tyrannei» vor und rief die «Staaten der freien Welt» auf, sich der Bedrohung durch Peking entgegenzustellen. «Wir können die fundamentalen politischen und ideologischen Unterschiede zwischen unseren Ländern nicht länger ignorieren» führte der US-Aussenminister aus. Der Ausbruch der Coronakrise, die in der zentralchinesischen Stadt Wuhan ihren Ausgang nahm, war für die US-Regierung eine Steilvorlage, China zu kritisieren. Die US-Regierung wirft China vor, der internationalen Gemeinschaft, vor allem der Weltgesundheitsorganisation WHO, wichtige Erkenntnisse über COVID-19 zu spät beziehungsweise gar nicht mitgeteilt zu haben. China bestreitet sämtliche Vorwürfe und wehrt sich gegen jede «Politisierung» einer wissenschaftlichen Frage über den Ursprung des Virus.²

Das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen den USA und Russland

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges steht das sicherheitspolitische Verhältnis zwischen den USA und Russland im Zeichen einer

anhaltenden Grossmachtkonkurrenz. Vor allem seit dem Georgienkrieg (2008), dem Ukrainekrieg (ab 2014), der russischen Militärintervention in Syrien (ab 2015) und der Einmischung in die US-Präsidentenwahlen (2016) haben sich die Beziehungen auf ein Niveau verschlechtert, das manche Beobachter an den Kalten Krieg erinnert. In der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2017 wird Russland (neben China) als strategischer Rivale beschrieben, während die russische Sicherheitsstrategie von 2015 die USA sowie deren Alliierte, die NATO und die EU, erstmals als Bedrohung für Russland charakterisiert.³

Im Zusammenhang mit den US-Sanktionen aufgrund des Ukrainekonfliktes und der unmittelbaren Gegnerschaft der Kriegsparteien in Syrien befinden sich die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen den USA und Russland seit 2017 auf einem Tiefpunkt, der Vergleiche zur Ära des Kalten Krieges aufkommen lässt. Im Februar 2018 griffen die USA mit Luftangriffen pro-Regierungskräfte im Osten Syriens an, wobei auch mehrere Dutzend russische Staatsbürger, die für eine russische Militärfirma arbeiteten, getötet worden sein sollen. In Reaktion auf den Giftanschlag auf den früheren russischen Agenten Skripal im März 2018 in Grossbritannien ordnete Präsident Trump die Ausweisung von 60 russischen Diplomaten und der Konsularbeamten in Seattle an.⁴

Sowohl die USA als auch Russland versuchen durch staatlich geförderte Medien Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Russland durch Sender wie RT (früher Russia Today) und Sputnik News, die USA durch Radio Liberty/Radio Free Europe. Das Bild von den USA in Russland ist überwiegend negativ. Im Januar 2015 führte das unabhängige Meinungsforschungsinstitut Levada-Zentrum eine Umfrage durch, wonach 81% der Russen ein negatives Bild von den USA hatten. Im Jahr 1990 hatten nur 7% der befragten Sowjetbürger eine negative Einstellung zu den USA geäussert. Im Jahre 2015 hielten auch 49% der befragten US-Bürger Russland für eine militärische Gefahr.⁵

Der US-Präsident räumte im Juli 2020 ein, dass die US-Streitkräfte 2018 einen verdeckten Cyber-Angriff auf die Internet Research Agency in St. Petersburg durchgeführt haben, eine Einrichtung, die als sogenannte Trollfabrik in Online-Diskurse eingreift und der eine Schlüsselrolle bei

der russischen Einmischung in die US-Präsidentenwahl 2016 zugeschrieben wird. Vor den Kongresswahlen im November 2018 habe der US-Präsident Geheimdienstberichte erhalten, wonach die Firma in St. Petersburg erneut versucht habe, die Wahlen zu manipulieren. Der Cyber-Angriff sei in eine breitere weltweite Konfrontationspolitik gegen Russland eingebettet gewesen. US-Präsident Obama hatte noch im Dezember 2016 als Reaktion auf russische Beeinflussungsversuche bei der vorangegangenen Wahl Sanktionen gegen Russland verhängt und mehrere russische Diplomaten ausgewiesen. Später waren US-Nachrichtendienste zu der Überzeugung gelangt, dass Russland im Präsidentenwahlkampf 2016 zugunsten des republikanischen Kandidaten Trump interveniert hatte. Der US-Präsident und der russische Präsident bestreiten dies.⁶

Der US-Truppenabzug aus Deutschland und dem Irak

Ende Juli 2020 gab der US-Verteidigungsminister Mark Esper bekannt, dass rund 12000 US-Soldatinnen und Soldaten Deutschland verlassen werden, knapp die Hälfte davon soll in Europa bleiben und in andere Staaten Europas verlegt werden. Der US-Präsident hatte den Teilabzug der Truppen aus Deutschland bereits im Juni angekündigt und ihn mit den aus seiner Sicht zu geringen Verteidi-

gungsausgaben Deutschlands begründet. Diese Argumentation bekräftigte Trump Ende Juli 2020 in einem Tweet und erklärte, Deutschland zahle Russland jährlich Milliarden Dollar für Energie, während die «USA Deutschland vor Russland beschützen solle». Die deutsche Bundesregierung in Berlin war vor der Bekanntgabe des US-Truppenabzugs nicht informiert worden.⁷

Die deutsche und polnische Regierung sowie der NATO-Generalsekretär zeigten sich beunruhigt über die Ankündigung des US-Präsidenten, Truppen aus Deutschland abzuziehen. Der deutsche Aussenminister Heiko Maas erklärte, dass die US-Truppenpräsenz nicht nur wichtig für Deutschland und die USA sei, «sondern auch für die Sicherheit Europas insgesamt». Ähnlich äusserte sich Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer: «Diese Soldatinnen und Soldaten sind in Deutschland und in Europa als Sicherheitsgarantie für alle in der

US-Verteidigungsminister Mark Esper.



US Air Base in Ramstein (Deutschland).



NATO, für das gesamte Bündnis.» Es gebe aktuell im deutsch-amerikanischen Verhältnis den «einen oder anderen schrilleren Ton». Die NATO, so die Ministe-



Die US-Streitkräfte sollen in den nächsten drei Jahren vollständig aus dem Irak abgezogen werden.

rin, «ist keine Handelsorganisation und Sicherheit ist keine Ware. Die NATO gründet sich auf Solidarität und Vertrauen».⁸ «Die Präsenz der Amerikaner in Deutschland ist für die ganze NATO von Bedeutung», kommentierte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg den US-Truppenabzug aus Deutschland. Der NATO-Generalsekretär hob hervor, dass sich das militärische Engagement der USA in Europa seit 2014 klar gesteigert habe, um auf die Annexion der Krim durch Russland und Moskaus Investitionen in moderne Waffensysteme zu reagieren.

Die USA wollen nach Angaben des irakischen Regierungschefs Mustafa Al-Kadhimi ihre Truppen innerhalb von drei Jahren aus dem Irak abziehen. Diese Zusage habe Donald Trump gemacht, erklärte Al-Kadhimi dem Fernsehsender Al-Iraqia, nachdem er Mitte August zu Besuch im Weissen Haus war. Der Irak droht im Konflikt zwischen den USA und dem Iran zwischen die Fronten zu geraten. Die US-Streitkräfte waren zur Unterstützung der irakischen Armee im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) stationiert worden. Vor allem irantrou Parteien und Milizen verlangen jedoch einen Abzug der US-amerikanischen Truppen. Um einen Stellvertreterkrieg im Iran zu verhindern, hat das irakische Parlament für eine Resolution gestimmt, die den Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Land fordert. Auch der Luftraum soll von ausländischen Kräften nicht mehr genutzt werden dürfen.⁹

In den vergangenen Monaten waren mehrfach Raketen in irakische Militär-

stützpunkte eingeschlagen, in denen US-Truppen stationiert waren. Auch die hochgesicherte Green Zone in der Hauptstadt Bagdad, in der die US-Botschaft liegt, wurde angegriffen. Die USA machen für die Angriffe die Schiitenmiliz Kata'ib Hisbollah verantwortlich. Der Konflikt zwischen dem Iran und den USA war eskaliert, nachdem die USA im Januar bei einem Raketenangriff in Bagdad den iranischen General Ghassem Soleimani und den Anführer von Kata'ib Hisbollah, Abu Mahdi Al Muhandis, getötet hatten.¹⁰

Fazit

Die zukünftige US-Sicherheits- und Militärpolitik hängt entscheidend von der Präsidentschaftswahl im November ab. Bei einer Wiederwahl würde ein US-Präsident Trump wohl weiter auf die Doktrin «America first» setzen. Ein US-Präsident Biden würde die US-Sicherheits- und Militärpolitik im Vergleich zu Trump wohl signifikant ändern. ■

- 1 <https://www.tagesschau.de/kommentar/china-usa-konflikt-101.html> (3.9.2020).
- 2 <https://www.dw.com/de/konfrontation-china-usa-im-%C3%BCberblick/a-54307108> (3.9.2020).
- 3 <https://www.bpb.de/internationales/europa/russland/283698/vereinigete-staaten> (3.9.2020).
- 4 Ebd.
- 5 Ebd.
- 6 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-07/usa-cyberangriff-russland-internet-research-agency-donald-trump> (3.9.2020).
- 7 <https://www.dw.com/de/gr%C3%B6%C3%9Ferer-us-truppenabzug-aus-deutschland-als-erwartet/a-54368603> (3.9.2020).
- 8 <https://www.sueddeutsche.de/politik/truppenabzug-us-militaerpolitik-irritiert-verbuendete-1.4937768> (3.9.2020).
- 9 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-08/us-armee-irak-truppenabzug-zusage-donald-trump-militaer> (3.9.2020).
- 10 Ebd.



Prof. Dr. Stefan Goertz
Professor für Sicherheitspolitik, Extremismus- und Terrorismusforschung
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck

Aus dem Bundeshaus

In der Herbstsession war die Armeebotschaft 2020 (20.031) das bedeutendste armeepolitische Geschäft im Nationalrat (NR). Der Ständerat (SR) hatte die Botschaft bereits in



der letzten Session einstimmig gutgeheissen. Im Nationalrat gab es dieses Jahr Rückweisanträge und diverse Minderheitsanträge der Ratslinken. Diese wollten unter anderem die Nutzungsverlängerung der Schützenpanzer, Bergpanzer und Panzerhaubitzen verhindern. Die Ratsmehrheit folgte aber in allen Punkten dem Bundesrat respektive der Mehrheit ihrer Sicherheitspolitischen Kommission (SiK-NR). Damit können Investitionen in die Führungsfähigkeit und in die krisenresistente Kommunikation getätigt, sowie die Schützenpanzer 2000 bis zum Jahr 2040 weitergenutzt werden. Das altgediente Fliegerabwehrsystem Rapier wird ausser Dienst gestellt.

Als Zweitrat stimmte der NR dem Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe zu (Vorläuferstoffgesetz 19.067). Damit soll Privaten der Kauf von chemischen Substanzen erschwert werden, die sich für terroristische Zwecke missbrauchen lassen könnten.

Im SR erfolgten die endgültigen Abstimmungen über drei Geschäfte, welche die Stärkung der Terrorabwehr zum Ziel haben. Angenommen wurden die beiden bundesrätlichen Vorlagen «Terrorismus und organisierte Kriminalität. Übereinkommen des Europarates» (18.071) und «Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus» (19.032). Abgelehnt wurde hingegen die SVP-Fraktionssmotion «Umgang mit staatsgefährdenden Personen» (16.3673), welche die von den Kantonen in der Vernehmlassung vorgeschlagene gesicherte Unterbringung von Gefährderten ermöglichen wollte. Ausschlaggebend für die Ablehnung waren die Zweifel, ob die Motion konform mit der Europäischen Menschenrechtskonvention umgesetzt werden könnte.

Dr. Fritz Kälin
FachOf Stab MND
8840 Einsiedeln

**Bei Verteidigungslösungen
geniesst Thales Vertrauen
auf höchster Ebene.**

